

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Heike Hänsel, Jan van Aken, Christine Buchholz, Sevim Dağdelen, Dr. Diether Dehm, Wolfgang Gehrcke, Annette Groth, Inge Höger, Andrej Hunko, Stefan Liebich, Niema Movassat, Thomas Nord, Paul Schäfer (Köln), Alexander Ulrich, Kathrin Vogler, Katrin Werner und der Fraktion DIE LINKE.

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

zum zivilen Wiederaufbau in Afghanistan

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Neun Jahre nach Beginn der ISAF-Militärintervention (ISAF – International Security Assistance Force) in Afghanistan unter Beteiligung der deutschen Bundeswehr ist die soziale, politische, wirtschaftliche und humanitäre Situation in dem zentralasiatischen Land katastrophal.

Seit 2002 leistet die Bundesregierung Entwicklungshilfe in Afghanistan, vor allem in den nördlichen Provinzen. Auch eine große Zahl an nichtstaatlichen Entwicklungsorganisationen (NRO) betreibt in Afghanistan Projekte, die teilweise vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziert werden. Über die Einbettung in die Provincial Reconstruction Teams (PRTs) werden einige dieser Projekte unmittelbarer Bestandteil des Bundeswehreinsetzes, dessen Operationsschwerpunkt bereits seit Jahren in der Aufstandsbekämpfung besteht und immer deutlicher den Charakter einer offenen Kriegsführung annimmt. Humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit werden somit auch zu einem Sanktionsmechanismus gegenüber der lokalen Bevölkerung. Dies kommt in der aktuellen NATO-Kampfstrategie „Shape – Clear – Hold – Build“ deutlich zum Ausdruck. Durch offensive Militäraktionen (shape) wird die Vertreibung von Aufständischen (clear) vorbereitet, anschließend sollen vor allem afghanische Polizei- und Armeeangehörige das gewonnene Territorium verteidigen (hold) und das Wohlbefinden der Bevölkerung soll durch kurzfristige Aufbaumaßnahmen (build) gewonnen werden. Damit werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entwicklungspolitischer und humanitärer Organisationen auch von der afghanischen Bevölkerung und den Opposing Militant Forces (OMF) zunehmend als Teil des Besatzungsregimes angesehen. So werden auch sie immer abhängiger von militärischem „Schutz“. Die Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten wird auch auf Seiten der ISAF immer undeutlicher.

Der ISAF-Einsatz war ursprünglich als Mission zur Unterstützung der afghanischen (Übergangs-)Regierung vom UN-Sicherheitsrat mandatiert und beinhaltet

auch den zivilen Aufbau. Er wurde jedoch auf Regionen ausgeweitet, die nicht unter Kontrolle der Übergangsregierung standen. Die PRTs sollten unter militärischer Führung den Einflussbereich der Karsai-Regierung auf die afghanischen Provinzen ausweiten. Dadurch wird die zunehmende Unterordnung ziviler Organisationen und zivilen Personals unter den militärischen Auftrag befördert. Laut einer kritischen Analyse des Verbands Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e. V. (VENRO) sollte die Einbindung ziviler Kräfte auch einen u. a. durch den Irakkrieg bedingten Mangel an militärischem Personal ausgleichen, „denn eine landesweite militärische Besetzung des Flächenstaates hätte ein Vielfaches der jetzigen Truppenstärke erfordert“ (VENRO-Positionspapier 1/2009).

Im Rahmen der zivil-militärischen Zusammenarbeit (CIMIC) werden in Kooperation mit der Bundeswehr Aufbauprojekte durchgeführt. Charakteristisch für diese Projekte ist die enge Verzahnung von Sicherheits-, Außen- und Entwicklungspolitik unter dem Begriff „Vernetzte Sicherheit“. Entwicklungsorganisationen beklagen jedoch seit Beginn von CIMIC ein erhöhtes Gefahrenpotenzial, z. B. in der Nähe von Stützpunkten der PRTs, die ihre Aufbauarbeit teilweise sogar verhindern. 29 in Afghanistan tätige Entwicklungsorganisationen fordern, die PRTs umgehend aufzulösen (siehe Oxfam et al.: Nowhere to turn. The Failure to Protect Civilians in Afghanistan, 19. November 2010).

Seit Beginn seiner Amtsführung hat der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dirk Niebel, mit seiner Ankündigung, die Vergabe von Entwicklungsgeldern durch das BMZ an Nichtregierungsorganisationen an deren Kooperation mit dem Militär zu koppeln, für großen Protest unter den Hilfsorganisationen gesorgt. Die zivil-militärische Zusammenarbeit ist kein Konzept für eine armutsbekämpfende, nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit, sondern für eine Einbindung in sicherheitspolitische Strategien. Nur so lässt es sich erklären, dass deutsche staatliche Entwicklungsprojekte fast ausschließlich in den Regionen, in denen die Bundeswehr stationiert ist, durchgeführt werden, unabhängig vom Entwicklungsbedarf in anderen Armutsregionen Afghanistans.

Hilfsorganisationen haben einen Anstieg von Angriffen durch Aufständische sowie Drohungen dokumentiert, die ihre Möglichkeiten, afghanische Dörfer zu erreichen, die auf Hilfe angewiesen sind, stark beeinträchtigen. Die Zahl getöteter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Hilfsorganisationen ist seit 2009 um 47 Prozent gestiegen, während Entführungen sogar um 60 Prozent zugenommen haben; überwiegend im Norden des Landes.

Die Strategie, internationale Truppen näher an Dörfern zu positionieren, wird von den Dorfbewohnerinnen und -bewohnern selten als Schutz, meist jedoch als enormes Risiko bewertet. Auch die „Winning Hearts and Minds“-Taktik der ISAF-Truppen wird stark von Hilfsorganisationen kritisiert – dabei betreiben Streitkräfte entweder selbst Aufbauhilfe oder binden zivile Hilfsorganisationen bei ihrer Entwicklungsarbeit in militärische Strategien ein. Erfahrungen zeigen, dass diese Vermischung von militärischem und zivilem Engagement die afghanische Bevölkerung und die Hilfsorganisationen einem großen Risiko aussetzt, da sie auf diese Weise vermehrt zu Anschlagzielen von Aufständischen werden.

Hilfsorganisationen müssen sich auf die lokale Akzeptanz in der Bevölkerung verlassen. Dass ihre Arbeit von allen Parteien als unabhängig und neutral wahrgenommen wird, ist unerlässlich für den Erfolg ihrer Arbeit und die Sicherheit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Eine offizielle Bilanz der Bundesregierung über den Erfolg oder Misserfolg der durchgeführten und geförderten Projekte blieb trotz der festgelegten Ziele bislang aus. Umso entlarvender ist es hingegen, dass von Bundeswehr und NATO bereits mehrere Studien zur Auswirkung entwicklungspolitischer Maßnahmen auf die Sicherheit der ISAF-/Bundeswehrsoldaten durchgeführt wurden.

Im Dezember 2010 legte die Bundesregierung nun mit dem „Fortschrittsbericht“ eine erste offizielle Bilanz des Einsatzes vor. Dieser Bericht dokumentiert gravierende Defizite bei der Regierungsführung, eine anhaltend große Armut sowie mangelnde Fortschritte bei der Drogenbekämpfung. In einigen Ländern wie Kanada, das den Truppenabzug aus Afghanistan für das Jahr 2011 und die Umwidmung der Gelder für zivile Projekte beschlossen hat, ist ein solcher Bericht über die Auswertung des gesamten zivilen Wiederaufbaus bereits Standard; dort wird das Parlament regelmäßig unterrichtet.

Die soziale Lage in Afghanistan ist gleichbleibend schlecht. Afghanistan liegt auf Platz 181 und damit auf dem vorletzten Platz des Human Development Index (HDI). Rund 80 Prozent der Frauen und 60 Prozent der Männer sind Analphabeten, weniger als 19 Prozent der Bevölkerung haben Zugang zu medizinischer Versorgung und sauberem Wasser (siehe Welthungerhilfe vom 15. November 2010). Laut der Weltbank liegt die Säuglingssterblichkeit bei 199 Kindern pro 1 000 Geburten. Sie ist damit 50-mal so hoch wie in Deutschland. Im HDI heißt es, dass sich 2,8 Millionen Afghaninnen und Afghanen – das ist jeder zehnte Einwohner – auf der Flucht befinden. In den umkämpften Regionen gibt es eine hohe Zahl an Binnenflüchtlingen, oft ohne ausreichende humanitäre und gesundheitliche Versorgung. Auch ein Bericht der International Crisis Group (ICG) bemängelt, dass der Konflikt den Zugang der afghanischen Bevölkerung zu Gesundheitsversorgung, Bildung und anderen sozialen Dienstleistungen stark eingeschränkt hat. Angriffe auf Schulen, z. B. das Abbrennen oder erzwungene Schließen von Schulen, die Verwendung von Schulen für militärische Zwecke sowie Drohungen gegen das Lehrpersonal und Schülerinnen und Schüler nehmen zu. Der Zugang zur Gesundheitsversorgung ist grob beeinträchtigt. Seit 2005 konstatiert eine Mehrheit der Afghaninnen und Afghanen eine Abnahme ihrer Lebensqualität, eine deutlich höhere Gefährdung durch mangelnde Sicherheit sowie eine sich verschlechternde Versorgung mit Lebensmitteln. Noch immer ist die Versorgung der Bevölkerung mit sauberem Trinkwasser sehr mangelhaft. Nur 19 Prozent der Befragten erklärten, dass sie über einen guten Zugang zu Wasser verfügten (Umfrage ARD, The Washington Post u. a. vom Dezember 2010).

Von Fortschritt kann also keine Rede sein. Die Afghanistanstrategie ist gescheitert. Im ersten Halbjahr 2010 hat sich die Zahl gewalttätiger Vorfälle in Afghanistan um 70 Prozent zum Vorjahr erhöht. Die Zahl der Verletzten und Getöteten Zivilistinnen und Zivilisten steigt kontinuierlich und erhöht sich auch dadurch, dass sich die ISAF militärisch in der Defensive befindet und immer schwerere Waffen einsetzt. Durch Anschläge und Kämpfe in Afghanistan sind im vergangenen Jahr wahrscheinlich über 10 000 Menschen getötet worden. Die Zahl der getöteten Zivilisten wird auf 2 000 bis 5 000 geschätzt. Das afghanische Innenministerium gab die Gesamtzahl der getöteten Zivilisten, Polizisten und Aufständischen mit 8 560 an. Laut icasualties.org kamen zudem 711 ausländische Soldaten im vergangenen Jahr ums Leben.

Diese Zahlen demonstrieren, dass die 6,2 Mrd. Euro, die die Bundesregierung seit 2002 für den Afghanistaneinsatz ausgegeben hat, allen Bemühungen um wirtschaftlichen Aufbau und eine soziale Entwicklung zuwiderlaufen. Auch bei einer Verdopplung der Mittel für den zivilen Aufbau auf 430 Mio. Euro im Jahr 2010 wird die Wirkung der eingesetzten Mittel durch den Krieg konterkariert. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) beziffert die Kosten des deutschen Afghanistaneinsatzes sogar weit höher als von der Bundesregierung angegeben und schätzt, dass selbst bei einem Abzug im Jahr 2011 der Krieg zwischen 18 und 33 Mrd. Euro gekostet haben wird. In diesen Betrag sind Kriegskosten wie Soldatengehälter und Ausrüstungsgüter eingerechnet, die in den offiziellen Zahlen der Bundesregierung nicht vorkommen (Eine erste Schätzung der wirtschaftlichen Kosten der deutschen Beteiligung am Krieg in Afghanistan, Nr. 21, 26. Mai 2010).

Zwar ist es in den letzten Jahren gelungen, ein gewisses Wirtschaftswachstum in Afghanistan zu erzeugen, aber bei der Bevölkerung kam davon wenig an. Ausländische Firmen haben weit mehr profitiert aufgrund einer neoliberalen Wirtschafts- und Privatisierungspolitik. Unter diesen Bedingungen ist eine nachholende Entwicklung Afghanistans nahezu unmöglich. Die Bundesregierung hat im April 2005 ein bilaterales Investitionsschutzabkommen mit dem zentralasiatischen Land abgeschlossen, das von Freihandel gekennzeichnet ist, der eine umfassende Gewinnabschöpfung westlicher Konzerne ermöglicht. Zudem fließen große Teile der Einnahmen aus der Entwicklungshilfe in die Kassen dieser Konzerne (Jürgen Wagner, Prototyp Afghanistan: Neoliberales Nation Building und zivil-militärische Aufstandsbekämpfung, 23. Oktober 2008). Als „Afghanistan GmbH“ (Afghanistan Inc. 2006) bezeichnete eine Studie der afghanischen Politikwissenschaftlerin Fariba Nawa die interessensgeleitete Wiederaufbaupraxis. Obwohl afghanische Firmen die meisten Aufträge billiger und hochwertiger durchführen könnten, profitieren ausländische Konzerne und Hilfsorganisationen. Caritas International kritisiert die vorherrschende Vergabep Praxis, „dass importierte Arbeitskräfte und Güter genutzt werden müssen, zumeist des jeweiligen Geber-Landes.“ Schätzungen von Oxfam zufolge fließen 40 Prozent der Hilfsgelder so direkt zurück an die Konzerne der intervenierenden Staaten.

Die ICG berichtet zudem, dass auch die Gelder für den zivilen Wiederaufbau, die insgesamt nach Afghanistan geflossen sind, die Verbindungen zwischen korrupten Mitgliedern der afghanischen Regierung, lokalen Befehlshabern, Warlords und Aufständischen verfestigt haben (siehe Exit versus Engagement, 28. November 2010). Der Korruptionsindex von Transparency International listet Afghanistan auf dem vorletzten Platz weltweit.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- unverzüglich die Bundeswehr aus Afghanistan abzuziehen;
- einen Teil der aus dem Bundeshaushalt für Afghanistan aufgebrachten Mittel für Militärausgaben in Mittel für zivile und friedenspolitische Maßnahmen umzuwidmen;
- jegliche Verknüpfung von militärischen und zivilen Strukturen zu beenden;
- die zivil-militärische Zusammenarbeit zu beenden und die PRTs aufzulösen;
- eine armutsorientierte, nachhaltige, auf lokalen Strukturen aufgebaute Entwicklungszusammenarbeit zu fördern;
- zivile, demokratische und emanzipatorische Kräfte in Afghanistan im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit finanziell zu unterstützen, um einen wirksamen Friedens- und Versöhnungsprozess innerhalb des Landes in Gang zu bringen;
- sich dafür einzusetzen, dass die afghanische Regierung die Arbeit der zivilen, demokratischen und emanzipatorischen Kräfte in Afghanistan unter Schutz stellt, Bedrohungen ahndet und den Einsatz der Zivilgesellschaft für ein selbstbestimmtes und friedliches Afghanistan ermöglicht.

Berlin, den 18. Januar 2011

Dr. Gregor Gysi und Fraktion